

Botschaft der Versöhnung

Edward Saids Ausführungen zu Zionismus und Antisemitismus sind voller Unschärfen. Das macht ihn aber nicht zum Vordenker des Israelhasses an den Universitäten, wie manche behaupten. Eine Entgegnung.

Von Manfred Sing

In der Debatte um den Nahostkonflikt mutierte „der“ Postkolonialismus zuletzt häufiger zu einer Art Schimpfwort. Der Hauptwurf lautet, postkoloniale Ansätze seien antisemitisch unterfüttert (F.A.Z. vom 6. Januar). Häufig wird auf Edward Said als einen der Stichwortgeber für „die Konstruktion des Bösen“ verwiesen (F.A.Z. vom 24. April), da er 1978 mit seinem Buch „Orientalismus“ einen zentralen Gründungstext postkolonialer Studien vorgelegt hatte. Said warf darin Medien und Wissenschaft vor, ein völlig falsches Bild von einem nur eingebildeten „Orient“ zu zeichnen, das ganz im Dienste imperialer Interessen stehe und westliche Befindlichkeiten widerspiegeln, nicht jedoch orientalische Realitäten. Jüngst dürfte man zudem lesen, Said habe in seinen Werken das „akademische Fundament für Israelhass“ gelegt und sei „Wegbereiter“ dafür, Zionismus als „weißen Kolonialrassismus“ zu imaginieren und Israel das Existenzrecht abzuspüren (F.A.Z. vom 25. September).

In dieser Debatte fehlt eine differenzierte Betrachtung der theoretischen und politischen Ansichten Saids. Es ist ein offenes Geheimnis, dass er einen ungenügenden Begriff von Antisemitismus hatte, was ihn aber nicht automatisch zum „Israelhasser“ macht. Dass die Kritik nicht ganz den richtigen Ton trifft, zeigt schon die Existenz des von Said und Daniel Barenboim 1999 gemeinsam gegründeten West-Eastern Divan Orchestra, in dem arabische und israelische Musiker musizieren. Auch die aktuelle Diskussion in Deutschland und den Vereinigten Staaten über die Gewalt im Nahen Osten kann durchaus als Bestätigung von Saids Orientalismus-These gelesen werden. Denn ganz gleich, ob sich die diversen Wortmeldungen als „proisraelisch“ oder „propalästinensisch“ verstehen, so arbeiten sie sich doch meist an den eigenen Befindlichkeiten angesichts der Völkermorde an Juden und *Native Americans* ab, bevor sie, wenn überhaupt, auf die Verhältnisse vor Ort zu sprechen kommen.

Dass Said einen undifferenzierten Antisemitismus-Begriff pflegte, liegt schon in der Motivation seiner Orientalismus-Kritik begründet. Er will nämlich zeigen, dass Juden und Araber als „Semiten“ in gleicher Weise von anti-„semitischen“ Stereotypen betroffen sind. Die spezifische Form des gegen Muslime und Araber gerichteten Antisemitismus bezeichnet er als „Orientalismus“. Er operiert hier mit einem Rassebegriff, der den Sprachwissenschaften entlehnt ist und aus dem er fälschlich den Anti-„Semitismus“ herleitet. Die Besonderheit moderner Judenfeindschaft bekommt er dadurch von Anfang an nicht recht in den Blick. Er räsoniert weiter, dass sich die Figur des Juden heute vom Außenseiter zum Helden gewandelt und damit vom Antisemitismus abgespalten habe, welcher nun nur noch die Araber treffe. Letztere seien im Wes-

ten zur einzigen Gruppe geworden, über die ungestraft rassistische Stereotype verbreitet werden dürften.

Said nivelliert also systematisch den strukturellen Unterschied zwischen Antisemitismus, der auf Vernichtung abzielt, und kulturellen Klischees, Rassismus und Fremdenhass. Im O-Ton klingt das so: „Denn der Araber wird jetzt als ein Schatten betrachtet, der den Juden verfolgt. In diesem Schatten kann man – weil Araber und Juden orientalische Semiten sind – das traditionelle, latente Misstrauen verorten, das ein Westler gegenüber dem Orientalen empfindet. Denn der Jude des vornazistischen Europas hat sich gespalten: Wir haben jetzt einen jüdischen Helden (...) und seinen schleichenden, geheimnisvoll furchterregenden Schatten, den arabischen Orientalen. (...) Die Übertragung eines populären antisemitischen Hasses von einer jüdischen auf eine arabische Zielperson erfolgte reibungslos, da die Figur im Wesentlichen dieselbe war.“

Orientalisierung des Zionismus

Die Aufspaltung des Antisemitismus in einen jüdischen und arabischen Teil geht nicht auf, weil Judenfeindschaft nicht trotz, sondern gerade wegen israelischer Siege weiterbesteht, insbesondere nach dem Sechstagekrieg 1967. Auch die Ineinsetzung von Antisemitismus und Orientalismus ist Unsinn, was sich etwa am Fall der arabischen Juden zeigt, die von ihren europäischen Glaubensgenossen mit orientalistischen, von ihren arabischen Brüdern aber mit antisemitischen Stereotypen belegt wurden.

In einem letzten Argumentationsschritt setzt Said Orientalismus und Zionismus gleich, vornehmlich in seiner Schrift „The Question of Palestine“ (1979). So wie der Orientalismus die Stimmen der Araber und Muslime zum Schweigen bringe, so löse der Zionismus palästinensische Stimmen und deren Existenz aus. Golda Meirs Diktum, es gebe keine „Palästinenser“, bezeichnet Said deshalb als „orientalistische“ Aussage. Verständigungsbereite Zionisten wie Martin Buber kommen bei ihm nicht vor.

Implizit bewirkt diese Begriffsvermischung, dass Zionismus und (gegen Araber gerichteter) Antisemitismus gleichgesetzt sind. Heutigen Lesern sollte diese angebliche Deckungsgleichheit allein schon deshalb sauer aufstoßen, weil es dann zu Israel-Nazi-Vergleichen nicht mehr weit ist. „Aus Sicht seiner Opfer“ bewerkstelligt der orientalistisch imprägnierte Zionismus laut Said die Unterwerfung und Vertreibung der Palästinenser, während der Antisemitismus den Israelis die Rechtfertigung dafür liefert. Auf diese Weise werden die Palästinenser zu Opfern der Opfer des Holocausts gemacht, wie sich bis heute oft hören lässt. Diese Sichtweise blendet aus, dass Israelis und Palästinenser in unterschiedlicher Weise zugleich Täter



Vordenker des Postkolonialismus: Edward Said

Foto Getty

und Opfer sind. Die Opfer der Opfer sind nicht pauschal unschuldig, sondern tragen durch ihr Handeln und ihre Überzeugungen aktiv zur vertrackten Situation in Nahost bei.

Wie lassen sich die schiefe Analogie zwischen Orientalismus und Antisemitismus sowie die Relativierung des Letzteren erklären? Erstens war Saids Projekt darauf angelegt, zu zeigen, dass Orientalismus so alt wie Antisemitismus sei und seit Homer existiere. Tatsächlich ist der Orient-Begriff im heutigen Verständnis jüngerer Datums, denn bis ins vierzehnte Jahrhundert galt Jerusalem für Europäer als Mittelpunkt der Welt, lag also gar nicht im Osten/Orient.

Zweitens war Saids Vorgehen ein rein textbasiertes Unterfangen. Anhand englisch- und französischsprachiger Texte wollte der Literaturprofessor christlicher Herkunft zeigen, dass die Abwertung von Juden und Muslimen denselben Mustern folge. Mit Judenverfolgung, Holocaust und antisemitischer Semantik beschäftigte er sich gar nicht.

Drittens war sein Werk an ein westliches Publikum gerichtet, das zur Einsicht geführt werden sollte, dass Juden- und Araberhass zwei Seiten einer Medaille seien. Dieser Parallelisierung war eine Relativierung des Holocausts eingeschrieben, die jedoch nicht auf eine Dämonisierung von Juden abzielte. Said nutzte vielmehr den im Westen nach der Schoa vorherrschenden Philosemitismus, um beim Publikum Sympathien für muslimische, arabische oder palästinensische Sichtweisen zu gewinnen.

Er folgte damit, viertens, der im Nahostkonflikt oftmals zu beobachtenden Strategie, die Araber als die neuen Juden auszugeben. In diesem Sinne betrachtete sich Said in einem Interview selbst als Nachfolger der Kritischen Theorie und Theodor Adornos, um sich die Rolle des „letzten jüdischen Intellektuellen“ anzumaßen, eines „jüdisch-palästinensischen“, wie er präzisierte. Diese Aneignung des jüdischen bei gleichzeitiger Abspaltung wirklicher Juden aus der Gruppe derjenigen, die von Antisemitismus betroffen sind, lässt sich kaum rechtfertigen.

Aufs Ganze gesehen haben wir es hier mit einer problematischen rhetorischen Strategie zu tun, die mit einem unklaren Antisemitismus-Begriff hantiert, um anderweitige Anliegen – die Abwertung islamischer Kultur und Entwertung arabischen Lebens durch „den“ Westen und Israel – zur Sprache zu bringen. In die aktuelle Situation übersetzt, würde Said heute wohl fragen, warum der Terror vom 7. Oktober in „der“ westlichen Öffentlichkeit mehrheitlich als Genozid gelte, während die vierzigfache Menge arabischer Toter bis zum gerichtlichen Beweis des Gegenteils nur als bedauerlicher Kollateralschaden firmiere.

„Postkolonial“ gelesen wurde Said wegen dieser Art von Kritik an westlichen Geltungs- und Überlegenheitsansprüchen, nicht jedoch wegen seines Verständnisses von Antisemitismus. Ob Saids spezifischer Zugriff stilbildend für andere postkoloniale Autoren gewirkt hat, bedarf einer ge-

nauerer Untersuchung. Die Vermengung von Orientalismus und Antisemitismus sowie von Israel und „dem“ Westen führt nicht direkten Weges zur Idee von der „Weißwandung“ der Juden. Auch die Vorstellungen, für die Vertreter der postkolonialen Studien heute hauptsächlich in der Kritik stehen, nämlich dass der Holocaust als Fortsetzung kolonialer Gewalt und Israel als bloßes Kolonialprojekt zu verstehen sei, finden sich meines Wissens in dieser Schlichtheit nicht bei Said.

Denn was die politische Lösung des Palästinakonflikts anbelangt, so urteilte Said relativ undogmatisch. Zwar fokuzierte er im historischen Teil von „The Question of Palestine“ wenig nuanciert auf die kolonialen, rassistischen und gewalttätigen Aspekte zionistischer Politik, doch ihm Schlussteil plädierte er ausführlich für eine Zweistaatenlösung. Der Literaturwissenschaftler Marcel Matthies schießt daher weit übers Ziel hinaus, wenn er Said unterstellt, „blind“ für Auschwitz zu sein, Israel als „satanischen Terrorstaat“ zu verstehen und ein Modell geschaffen zu haben, um „die Faktizität jüdischer Staatlichkeit“ nicht anerkennen zu müssen und die postkolonialen Studien gegen die Einsicht abzudichten, dass „die vollständige Negation des Zionismus“ von arabischer Seite die zentrale Ursache des Nahostkonflikts sei (F.A.Z. vom 25. September).

Said schrieb vielmehr, dass sowohl Israel als auch Palästinenser auf das dem Gebiet verschwänden, nicht auf die beide Anspruch erhöhen. Sie seien untrennbar miteinander verbunden und

zung des Gebäudes, aber nicht erheblichen Sachschaden und körperliche Gewalt gegen FU-Mitarbeiter. Wer die Angreifer waren, konnte bisher noch nicht ermittelt werden, doch der Beifall für den brutalen Angriff von der Organisation „Students for Palestine“ sowohl in Berlin als auch in Freiburg kam prompt. Die Berliner nannten die Aktion auf X ein „klares Signal, dass keine deutsche Institution, die den israelischen Genozid in Gaza und Libanon unterstützt, ungestört bleiben wird“.

Ziegler schloss sich der Wertung von Walter Rosenthal, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, an, der die Erstürmung des FU-Gebäudes einen „brutalen Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit“ genannt hatte. Aber was nötigte Ziegler zu der Spitzfindigkeit, der „Terror“ gegenüber den Präsidiumsmitgliedern sei kein Angriff auf die Freiheit der Lehre gewesen, weil in dem Gebäude schließlich keine Vorlesungen stattfänden? Und was folgt für die Präsidentin der Humboldt-Universität, Julia von Blumenthal, aus ihrer Bemerkung, der Sturm auf das FU-Präsidium sei „nur eine Straftat“ gewesen, ein „Einzelereignis“, das „unser Urteilsvermögen nicht beschränken“ sollte? Selbst die Berliner „Students for Palestine“ nannten die Erstürmung des Gebäudes auf der Plattform X einen „Protest gegen die andauernde Unterstützung der FU für Israel“.

Aber versuchen wir einmal, unser Urteilsvermögen unbeschränkt urteilen zu lassen: Der Sturm auf das FU-Präsidium war ein terroristischer Angriff auf diese

könnten nur gemeinsam eine Regelung finden. Weiter beklagte Said die Gewaltfixierung einiger PLO-Gruppen und sah in politischen Initiativen zur Konfliktregulierung ein ermutigendes Zeichen, wobei er Arafats Fatah hervorhob. Zudem notierte er als Unterschied zu anderen Siedlungskolonien sehr wohl die jüdische Verfolgungsgeschichte in Europa. Auch bei anderen Gelegenheiten kritisierte er die weit verbreitete Leugnung des Holocausts unter Arabern und Muslimen.

Wenn die heutige Kritik Said zum „Israelhasser“ stilisiert, schlägt sie ihm dem Lager der unversöhnlichen Israel-Gegner zu, dem er gegenüberstand. Denn das Palästina-Buch wurde von der sogenannten Ablehnungsfront in der PLO, die jegliche Friedensverhandlungen ablehnte, als Verrat an der Sache verstanden, weil es zu konziliant war. Es wurde auch nicht ins Arabische, wohl aber ins Hebräische übersetzt. Denn Said nahm darin den Weg vorweg, den die PLO im Osloer Friedensprozess der Neunzigerjahre beschritt. Dass er sich dann von diesem Friedensprozess abwandte, hing damit zusammen, dass er die konkreten Vereinbarungen – die Ausklammerung des Siedlungsbaus und die Abhängigkeit der palästinensischen Autonomiebehörde von Israel – als ernsthafte Probleme identifizierte. Schon im Palästina-Buch hatte er den beginnenden Siedlungsbaui in der Westbank als Hindernis für eine Konfliktlösung ausgemacht.

Formen der Dämonisierung

Said vertrat keine widerspruchsfreie Lehre. In späteren Schriften plädierte er für einen universalen Humanismus, sah das Exil als idealen Ort der Gesellschaftskritik und sprach von der Verflüssigung von Identitäten. Deshalb beklagte 1996 selbst der Übersetzer seiner Werke ins Arabische, Kamal Abu-Deeb: „Jahr für Jahr nimmt Saids Neigung zu, die Bedeutung von Identität herunterzuspielen. (...) In einer Welt, in der mein Schicksal von Israel und vom Wunsch des Westens, meine Identität auszulöschen, bedroht ist, kann ich meine Identität nicht aufgeben und im Namen einer hybriden Identität kämpfen, mit der Begründung, dass sie menschlicher sei, weil alle Kulturen hybrid sind.“

An Orientalismus-Kritik und Palästina-Buch lässt sich heute auf ganz unterschiedliche Weise anknüpfen, entweder in Richtung auf Überwindung oder Verfestigung fundamentaler Gegensätze. Hamid Dabashi, Historiker mit Iran-Schwerpunkt, argumentierte 2022 mit und gegen Said, Gesellschaft, Kunst und Kultur in westlichen Ländern seien bei der Überwindung des Orient-Okzident-Gegensatzes längst weiter als die Politik. Wael Hallaq, Spezialist für islamisches Recht, dozierte 2017 hingegen, Said habe nur an der Oberfläche gekratzt und nicht erkannt, dass Gewalt und Völkermord seit der Eroberung Amerikas die DNA des Westens und der Moderne ausmachen. Seitdem gelte nur noch das Recht des Stärkeren, und der Zweck heilige alle Mittel. Palästina und Orientalismus seien nur die Spitze des Eisbergs, nicht aber Phänomene, die sich korrigieren ließen, wie Said gehofft habe.

Diese Beispiele decken die Bandbreite postkolonialer Ansätze ab. Was heute aus Saids Thesen gemacht wird, liegt nicht allein an ihm. Wenn manche meinen, Hamas-Gewaltakte als Widerstand feiern zu müssen, sollten sie ihr Begriffssensikal klären, können die Verantwortung für die eigene Begriffsverwirrung aber nicht auf Vorläufer schieben, seien diese auch noch so einflussreich und in Teilen problematisch wie Edward Said. Auch die Kritiker sollten die Heutigen nicht aus dieser Verantwortung entlassen. Eine Dämonisierung Saids, weil er angeblich Israel dämonisiert habe, trägt wie jede andere Form der Schwarz-Weiß-Malerei wenig zum Verständnis des Nahostkonflikts bei.

Manfred Sing ist als Islamwissenschaftler Privatdozent an der Universität Basel und assoziierter Wissenschaftler am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte in Mainz.

Terror und Absagen

Die Universitäten suchen nach einer Linie im Kampf gegen den Antisemitismus

An der Berliner Humboldt-Universität hat eine öffentliche Diskussion stattgefunden – ungestört. Das ist in diesen Zeiten schon an sich eine Nachricht, schließlich ging es in dieser Veranstaltung auch um Antisemitismus, um Israel, den Krieg in Gaza und die deutschen Universitäten im Belagerungszustand. Eingeladen hatte der Berliner Exzellenzcluster „Contestations of the Liberal Script“ mit der Frage, ob die jüngsten Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit in Form von Besetzungen, Vortragsabsagen und zuletzt auch körperlichen Angriffen auf Mitarbeiter die Universitäten zu „Selbstbeschränkungen“ veranlassen. Um diese Frage weniger akademisch zu formulieren: Sind die deutschen Hochschulen schlicht zu feige, ihre Freiheit zu verteidigen und ihre Angehörigen vor den Feinden dieser Freiheit zu schützen?

Man kann dies nicht pauschal beantworten. Einen exemplarischen Fall einer solchen Selbstbeschränkung führte allerdings gerade die Universität Freiburg vor. Dort sollte am 18. Oktober die Politikwissenschaftlerin Tina Sanders einen Vortrag halten zum Thema „Einführung in die Antisemitismuskritik: Das Werk Jean Améry“. Améry, ein Überlebender des Holocaust, war einer der Ersten, der sich schon Ende der Sechzigerjahre mit dem israelbezogenen Antisemitismus befasste. Wie kam es zu der kurzfristigen Absage? Eingeladen hatte das „Freiburger Bündnis gegen Antisemitismus“ in Zu-

sammenarbeit mit „Roundtables: Politische Einflussnahme, Plattform & Potentiale (FRPEPP)“, einem Forschungsprojekt des dortigen Englischen Seminars. In einem offenen Brief vom 27. Oktober an die Rektorin wirft das Bündnis der Universitätsleitung vor, den Vortrag aus Angst vor Störungen abgesagt zu haben. Dazu veranlasst habe sie ein Brief des Vorsitzenden des Sozialreferates des ASTA der Universität, in dem Sanders als „islamfeindlich“ diffamiert worden sei.

Die Veranstalter weisen diese Vorwürfe gegen Sanders scharf zurück und begrüßen, dass die Absage von der Rektorin im Nachgang „unter vier Augen als übereilt und falsch“ eingestuft worden sei. Das hinderte die Universität jedoch nicht daran, am 29. Oktober auf der Plattform X den Vorwurf zurückzuweisen, sie hätte den Vortrag abgesagt. Vielmehr sei er vom Veranstalter selbst, also dem Englischen Seminar „mit dem Bündnis gegen Antisemitismus & dem FRPEPP“ abgesagt worden. Die „Badische Zeitung“ berichtet, die Universität spreche von „Sicherheitsbedenken“, wolle Genaueres dazu aber nicht bekannt geben. Die Zeitung schreibt weiter, unmittelbar nach der Absage des Vortrags seien Graffiti an der Universität aufgetaucht, die explizit zur Ermordung eines Mitarbeiters der Universität aufgerufen hätten, der zu den Organisatoren des Vortrages gehört habe.

Ende Juli hatte der Philosoph Ingo Elbe versucht, an der Freiburger Universi-

tät einen Vortrag zum Thema „Antisemitismus und postkoloniale Theorie“ zu halten. Nachdem Elbe allerdings im dortigen Studentenparlament als Rassist und Faschist bezeichnet worden war, sahen sich die Organisatoren nicht mehr in der Lage, die Veranstaltung an der Universität durchzuführen. Stattdessen wurde die sie vom besagten „Bündnis gegen Antisemitismus“ in die Räume der Jüdischen Gemeinde Freiburgs verlegt. An der Freien Universität Berlin (FU) konnte am 28. Oktober eine Diskussion zwischen dem Publizisten Michel Friedman und Felix Klein, dem Antisemitismusbekämpfer der Bundesregierung, immerhin stattfinden. Natürlich nur unter großem Polizeischutz, schließlich ging es bei dem Gespräch um Antisemitismus. Was bleibt den Hochschulen eigentlich noch übrig: aus Angst vor Protesten und Gewalt auf solche Themen gleich zu verzichten oder auf die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit zu bestehen, auch wenn das heißt, noch mehr Geld für Sicherheitsdienste auszugeben und einstmals offene Gebäude in abgeschlossene Festungen zu verwandeln?

Günter Ziegler jedenfalls, der Präsident der FU, scheint genug zu haben. Im Juli war er in seinem Büro von einem palästinensischen „Aktivisten“ angegriffen worden, am 17. Oktober wurde das Präsidiumsgebäude der FU von einer Gruppe Vermummter gestürmt, die die Befreiung Gazas forderten. Das schnelle Eingreifen der Berliner Polizei verhinderte die Beset-

Universität, auf die Sicherheit und körperliche Unversehrtheit ihrer Mitarbeiter und damit auf deren Freiheit und die der Wissenschaft. Es ist durchaus nobel, wenn von Blumenthal ihre Mitarbeiter und die zahlreichen externen Sicherheitskräfte lobt, die mittlerweile den Betrieb ihrer Universität beschützen müssen. Es reicht aber nicht, wenn Hochschulleitungen tapfer versicherten, sie schafften das schon allein, und es dann doch wieder zu kleinlauten Absagen wie in Freiburg kommt.

Man muss sich unter diesen Umständen nicht wundern, wenn andere den Kampf für die Wissenschaftsfreiheit mit ihren Mitteln fortsetzen. Thomas Haldenwang, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, räumte schon im Juli in einem Interview mit dem ZDF freimütig ein, seine Behörde beobachte diese „neuen Allianzen des Antisemitismus“ an den Hochschulen schon längst aufmerksam. An Anlässen, Organisationen wie „Students for Palestine“ auf ihre Verfassungsfeindlichkeit zumindest zu überprüfen, mangelt es schließlich nicht. Die Universitäten stehen dennoch in der Pflicht, die Wissenschaftsfreiheit mit ihren Mitteln selbst zu verteidigen: unbedingtes Einstehen für einen freien und friedlichen Diskurs, Respekt vor der Wahrheit und auch die Treue zur Verfassung, von der sie Artikel 5 GG bekanntlich nicht entbindet. Sie sollten sich dabei auf die Unterstützung durch das unbeschränkte Urteilsvermögen einer liberal gesinnten Öffentlichkeit verlassen können. GERALD WAGNER